

1

Die fabelhafte
Welt der **Ema.Li**



Freiheit und Sozialismus
**Let's make
it real**





Ema.Li

Schriftenreihe
Heft 1: Freiheit und Sozialismus, Let's make it real
1. Auflage 2017
V.i.S.d.P.: Siegfried Seidel
Layout und Satz: Daniel Josten

Inhalt

Vorwort	4
Julia Bonk, Katja Kipping, Caren Lay :	
Freiheit und Sozialismus – Let’s make it real	5
I. Kritik des unfreien Lebens	7
II. Zentrale Transformationsprojekte	9
III. Wie es geht	12
Zeit zu sein und Zeit zu werden –	
Das Diskussionsangebot einer Emanzipatorischen Linken	14

Vorwort

Das im April 2006 erschienene das Papier „Freiheit und Sozialismus – Let’s make it real“ von Julia Bonk, Caren Lay und Katja Kipping kann man eigentlich als Geburtsurkunde der Emanzipatorischen Linken ansehen. 2009 folgte dann die Gründung als Strömung in der Partei DIE LINKE. Ein weiterer Meilenstein ist das 2010 erschienene Papier „Anders leben, anders arbeiten, anders kämpfen – Für eine emanzipatorische Linke“, dessen Kurzform wir hier ebenfalls dokumentieren. Diese beiden Schriften sind dazu gedacht euch die Emanzipatorische Linke (Ema.Li) näher zu bringen.

Wer wir sind:

Die Emanzipatorische Linke (Ema.Li) ist einer der „strömungspolitischen“ Zusammenschlüsse in und bei der Partei DIE LINKE. Sie legt dabei den Akzent auf die Freiheit des Individuums und ist offen für Mitglieder anderer Strömungen und Nichtparteimitglieder. Sie versteht sich als Brückenbauerin. Sie ist gleichermaßen in Ost wie west vertreten.

Die Ema.li streitet

- für eine emanzipatorische Ausrichtung der Sozialpolitik mit der Gewährung globaler sozialer Rechte;
- für eine integrierte Ökologiepolitik unter Beachtung der sozialen Gleichheit und individuellen Freiheit;
- für eine die feministische politische Praxis mit grundlegender Kritik der Geschlechterverhältnisse;
- für die umfassende Demokratisierung und den Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten auch im Internet;
- für eine Friedenspolitik, die Wert auf

eine emanzipatorische Ausrichtung von BündnispartnerInnen legt;

- für Bündnisse mit den neuen sozialen Bewegungen;
- für eine politische Kultur der Offenheit, der Selbstermächtigung und Selbstorganisation.

Freiheit und Sozialismus – Let's make it real

von Julia Bonk, Katja Kipping, Caren Lay, April 2006

Es ist an der Zeit, unsere Vorstellungen für eine emanzipatorische Linke zu Papier zu bringen.

Wir wollen uns damit einmischen in die Debatte um die Ausrichtung der neuen Linkspartei.

Dieser Parteineubildungsprozess findet statt vor dem Hintergrund konkreter sozialer Auseinandersetzungen, die von einer Wertediskussion auf ideologischem Feld begleitet werden. Dazu gehört, dass unter Reformen mit verschiedenen Namen in den letzten Jahren Sozialabbau, Lohndumping, Privatisierung öffentlichen Eigentums und Umverteilung von unten nach oben forciert wurden. Dazu gehört auch, dass mit dem Ruf nach vermeintlicher Freiheit und Eigenverantwortung Entsolidarisierung und die Privatisierung individueller Risiken vorangetrieben wurde. Wobei von diesen Risiken besonders jene bedroht sind, die durch die Freiheit der Starken unterdrückt werden. Gegen diese Entwicklung wollen wir einen linken Kontrapunkt setzen.

Klar ist: Der Findungsprozess einer Neuen Linken ist ein wichtiger Schritt, um auf diese Auseinandersetzungen Einfluss zu nehmen. Dabei kann es nicht nur darum gehen, defensiv den Status quo zu verteidigen. Es kommt viel mehr darauf an, linke Alternativen für die Gesellschaft zu entwickeln. Wir wollen in diesen Parteineubildungsprozess Ansätze emanzipatorischen Denkens einbringen, die bereits wesentliche Bestandteile des Programms der Linkspartei sind. Es geht uns darum, Freiheit und Selbstbestimmung

ebenso wie Solidarität als grundlegende Motive linker Politik zu etablieren. Dabei unterscheidet sich unser Verständnis von Freiheit fundamental von dem Zerrbild der Freiheit, das Wirtschaftslobbyisten und ihre gläubigen Anhänger in der Politik zeichnen. Für uns bedeutet Freiheit nicht die Freiheit der Stärkeren, Schwächere auszubeuten. Freiheit und Selbstbestimmung sind ohne soziale Sicherheit nicht oder nur beschränkt einlösbar. Die freie Entfaltung einer und eines jeden Bedarf universeller sozialer und Teilhaberechte. Insofern wollen wir die bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse ändern -und zwar grundlegend. Die neue Linke muss deswegen sowohl um die gemeinschaftliche Verfügungsgewalt über Produktionsmittel als auch um die Verfügungsgewalt über das eigene Leben kämpfen. Ansatz und Ziel unseres emanzipatorischen Denkens ist Freiheit von sozialer Repression und die Freiheit, einen Lebensentwurf selbst wählen und gestalten zu können. Das wollen wir auf allen Ebenen und in allen Politikbereichen einbringen. Wenn wir den Begriff der „emanzipatorischen Linken“ aufnehmen, dann geht es uns nicht um eine Gruppe, der man per Unterschrift beitrifft oder eine weitere Strömung, die den Konflikt zwischen vermeintlichen „Realos“ und „Fundis“ fortsetzen soll -einen Konflikt, an dessen Linien wir uns nicht wieder finden und den wir auch für überholt halten. Es geht vielmehr um eine gemeinsame Grundlage einer pluralen, linken Partei. Eine gemeinsame Grundlage ist notwendig, um Differenz nicht in Beliebigkeit und Selbstzerstörung enden zu lassen. Eine solche Grundlage kann nur

aus gemeinsam Anerkanntem kommen. Das Programm der Linkspartei muss für die inhaltliche Ausrichtung der Neuen Linken einen wichtigen Beitrag leisten.

Eine emanzipatorische Linke darf, wenn sie sich ernst nimmt, nicht nur ihre theoretischen Grundlagen verkünden. Sie muss ihre Grundsätze auch bei der Lösung konkreter Probleme anwenden. Emanzipatorische Politik zielt auf die konkrete Welt, aber sie hat den Mut, eine andere Welt zu denken und auf diese mit Transformationsprojekten hinarbeiten. Die Einheit zwischen Protest, Gestaltung und über den Kapitalismus hinausweisender Alternativen ist eine schon im „strategischen Dreieck“ beschriebene Notwendigkeit.

Eine emanzipatorische Linke kann in ihren Methoden nicht von ihren Werten abweichen, wie dies im Programm der Linkspartei bereits festgestellt wird. Niemand kann durch andere emanzipiert werden, dies kann nur durch jede und jeden selbst erfolgen. Emanzipatorische Politik muss dies ermöglichen.

Staat und Politik müssen im Sinne des öffentlichen Interesses handlungsfähig bleiben. Deshalb kämpfen wir für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und gegen die fortschreitende Privatisierung von Daseinsfürsorge. Der Macht der Unternehmerverbände, die das gesamte Leben zu einer Ware machen wollen, setzen wir eine Revitalisierung des Politischen entgegen.

Die Frage nach einer Alternative zu Kapitalismus und unfreien Verhältnissen wird von Sozialistinnen und Sozialisten unterschiedlich beantwortet. Unsere Antwort ist nicht einstimmig und sie wird und sie soll es auch nie sein. Eine

neue Linkspartei muss die Pluralität ihrer Ansätze und Traditionen anerkennen, von denen die Arbeiterbewegung eine wesentliche, aber nicht die einzige ist. Neben ihr gibt es andere linke Bewegungen, die für Emanzipation streiten: für Emanzipation von rassistischer und sexistischer Unterdrückung, für die Abschaffung von Diskriminierung aufgrund von Behinderung und sexueller Orientierung, Bewegungen, die neue Gerechtigkeitsfragen thematisieren, oder wie es die neue Linke der 70er Jahre getan hat, für Freiheit von staatlicher und autoritärer Unterdrückung streiten. Diese Erfahrungen müssen in einer neuen Linken aufgehoben sein. Vor diesem Hintergrund warnt uns die Geschichte der Linken auch vor ökonomistischen Verkürzungen, bekannt als die Hauptwiderspruchsfälle. Wir lehnen es ab, darüber zu entscheiden, welche Ursachen von Unfreiheit die eigentlichen oder wichtigeren sind.

Aber wir wollen darüber diskutieren, was das Gemeinsame an unseren Antworten ist. Für die Linkspartei ist Emanzipation, verstanden als die freie Entwicklung einer und eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller, ein Schlüsselbegriff ihrer Programmatik. Die Geschichte der Linken verpflichtet uns jedoch, dies nicht als selbstverständlich hinzunehmen. Leider wurde und wird im Namen sozialistischer oder kommunistischer Zielsetzungen die individuelle Freiheit nur zu oft als nachrangig betrachtet.

Grund-, Freiheits- und Menschenrechte haben nicht in allen Phasen und Strömungen der Linken den prominenten Platz gehabt, der ihnen gebührt - nämlich einen Platz auf gleicher Augenhöhe mit sozialen Rechten. Für uns als demokratische SozialistInnen ist klar: Freiheit ist nichts, was aufgeschoben oder

im Interesse anderer Ziele eingeschränkt werden darf. Wir brauchen die gleiche Freiheit wie die Luft zum Atmen. Sie ist Sinn unserer Politik. Es ist Aufgabe einer modernen Neuen Linken, Freiheit und Gleichheit zu versöhnen, anstatt der unsinnigen Ideologie aufzusitzen, dass das eine wichtiger sei als das andere. Freiheit und Gleichheit schließen sich nicht aus, sie bedingen sich vielmehr.

Ebenso hat die Linke keinen Alleinvertretungsanspruch auf Emanzipation, auch der aufklärerische Liberalismus verfügte, im Gegensatz zum Neoliberalismus, über Emanzipationspotenziale. Deshalb halten wir es richtig, von einer emanzipatorischen Linken zuzusprechen.

I. Kritik des unfreien Lebens

Wider die kapitalistische Barbarei Kritik der bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse

Die globalisierte Weltwirtschaft produziert immensen Reichtum, noch nie soviel wie heute. Und zugleich erzeugt sie Armut und Elend. 2004 verfügten 587 Milliardäre über 1,9 Billionen Dollar, dies waren 500 Milliarden Dollar mehr, als im Vorjahr. Die meisten dieser Milliardäre sind US-Amerikaner, danach folgen Deutsche und Russen. In Afrika, südlich der Sahara, hungern im Jahr 2005 30% der Bevölkerung, 39% sind Analphabeten, zwei Drittel haben keinen Zugang zu sanitären Anlagen. Elend und Armut im Trikont sind in ihrem Ausmaß sicher kaum vergleichbar mit Armut in Deutschland oder der EU. Doch auch innerhalb der reichen Länder des Nordens verschärfen sich die ökonomischen Unterschiede. Von 2003 bis 2005 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in der BRD um 80,6 Milliarden Euro,

die Einkommen aus Unternehmen und Vermögen im selben Zeitraum um 86,7 Milliarden Euro. Die Arbeitnehmerentgelte sanken um 2,2 Milliarden Euro. Die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes entsprechend der Macht- und Eigentumsverhältnisse ist eine der zentralen Ursachen für die Verhinderung eines selbstbestimmten Lebens. Zum einen lässt der Mangel an entscheidenden Mitteln zum Leben in den ärmsten Regionen der Welt Selbstbestimmung und Entfaltung als nachrangig hinter dem unmittelbaren Bedürfnis zum Überleben werden. Zum anderen ist auch in den reicheren Ländern der Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen entscheidend für die tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Der Zwang zur Arbeit und die Krise der Arbeitsgesellschaft. Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Durch den Anstieg der Produktivität werden immer mehr Dienstleistungen und Produkte von immer weniger Beschäftigten bereitgestellt. Es scheint daher paradox: Obwohl immer mehr Menschen verzweifelt einen Job suchen, nehmen Repressionen gegenüber Erwerbslosen immer mehr zu. Der Zwang zur Aufnahme von Arbeit funktioniert auf verschiedene Weise sowohl durch administrative Repressionen, als auch durch soziale Sanktionen und Stigmatisierung sowie faktisch über das Anziehen finanzieller Daumenschrauben. Wir lehnen jeglichen Zwang zur Arbeit ab. Das Recht und die Freiheit, seinen Arbeitsplatz selbst aussuchen zu können, ist eines der fundamentalen Grundrechte, die wir als Linke verteidigen müssen. Schließlich wissen wir um den entfremdeten Charakter von Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Verhältnissen. Die materielle Absicherung ist ein Menschenrecht. Der Staat hat nicht das Recht, durch Arbeitszwang

Existenzsicherung in Frage zu stellen -wie zum Beispiel bei der Verweigerung, einen Ein-Euro-Job anzunehmen. Nur wenn man die Tätigkeit, mit der man einen großen Teil seiner Lebenszeit ausfüllt, frei wählen kann, hat man Verfügungsgewalt über sein eigenes Leben. Der Zwang zur Arbeit schwächt zudem die Verhandlungssituation der (potentiell) Beschäftigten gegenüber den Unternehmen. Der bzw. die einzelne darf nicht dafür bestraft werden, dass Wirtschaft und Politik darin versagt haben, den Fortschritt zum Wohle aller zu nutzen. Erwerbslosigkeit stellt in dieser Gesellschaft für viele das zentrale Problem dar, weil Wertschätzung, soziale Kontakte und Sinnstiftung für die meisten vorrangig über Erwerbsarbeit realisiert werden. Wir müssen diese Bedürfnisse ernst nehmen und sind uns der Notwendigkeit bewusst, neben der gerechteren Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit andere Formen von Tätigkeit und Sinnstiftung zu befördern. Aber es ist nicht Aufgabe einer modernen Linken, unkritisch in den Chor „Arbeit muss her!“ einzustimmen. Es ist unmöglich und kann nicht gewollt sein, die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft durch ihre Wiederherstellung zu überwinden. Denn dies würde der Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr entsprechen. Wir betrachten es als einen Fortschritt, wenn die Entwicklung der Produktivkräfte schwere und entfremdete Arbeit überflüssig machen kann. Gleichzeitig entstehen Freiräume für andere Arten von Tätigkeit, die es zu nutzen gilt. Die sozialen Sicherungssysteme sind auf diesen Wandel der Arbeitswelt bislang nur unzureichend eingestellt. Sie sind aus sozialen Kämpfen der Arbeitsgesellschaft hervorgegangen und orientieren in ihren Leistungen auf die Absicherung von erwerbstätigen Arbeitnehmern und in ihrer Finanzierung auf den Faktor Erwerbsarbeit.

Für nicht erwerbstätige Frauen war dies schon immer eine Armutsfalle - angesichts von Massenarbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen und gebrochenen Erwerbsbiographien wird der Zugang zu den gesellschaftlichen und natürlichen Ressourcen für immer mehr Menschen, die nicht über Unternehmen oder deren Anteile verfügen, dauerhaft prekär. Und je schlimmer die Situation von Erwerbslosen, umso eher sind die noch Beschäftigten bereit, alles für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes zu tun. Damit wächst die Macht der Unternehmen bei Verhandlungen über Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte sowie über die Höhe der Entlohnung. Repressive Normsetzung Unterdrückung trägt viele Gesichter. Neben ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen können auch als hegemonial angenommene Lebensweisen bzw. Normen repressiv wirken - zumindest gegenüber denjenigen Menschen, die diesen Vorstellungen nicht folgen wollen.

Insofern sorgt jeder Versuch, bestimmte Lebensentwürfe als die „eentlichen“ und „normalen“ zu etablieren, für die Unterdrückung von Individuen unter die Gemeinschaft. Zwar existieren in der Gesellschaft verschiedene Normalitätsräume, so erscheint in einem Schwulenkneipe anderes selbstverständlich als in einer katholischen Gemeinde. Jedoch üben manche Werte eine stärkere Hegemonie aus, so dass andere Lebens- und Liebesweisen immer noch mit abwertender Distanz betrachtet werden bzw. offen diskriminiert werden. Gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen dürfen unserer Meinung nach keine unhinterfragte Grundlage linker Politik sein. Im Gegenteil: Repressive Normsetzung zu kritisieren, ist für uns ein wichtiges Handlungsfeld linker Politik. Wie die Menschen auf Grundlage der allgemeinen

Menschenrechte und unter Anerkennung der Freiheit des Andersdenkenden ihr Leben gestalten, geht den Staat nichts an. Er hat unterschiedliche Lebensentwürfe nicht zu bewerten. Erst wenn das erreicht ist, besteht die tatsächliche Möglichkeit, den eigenen Lebensentwurf im Bezug auf (Vor-)Lieben, Einstellung zur Erwerbsarbeit, zum Konsum illegalisierter Substanzen und allem mehr, frei zu wählen. Dabei geht es uns nicht nur um den Schutz von Minderheiten. Von einengenden Rollenklischees, Stigmatisierung aufgrund von Armut, der Erfahrung von Gewalt und nicht zuletzt durch die Einführung von Zwangskollektiven in Form von „Bedarfsgemeinschaften“ sind inzwischen weite Teile der Bevölkerung betroffen. Im Sinne individueller Freiheit einer und eines jeden Einzelnen muss die permanente Normalisierung bestimmter Lebensentwürfe beständig hinterfragt werden.

Nein zum autoritären Sicherheitsstaat

Der Schutzgedanken des Grundgesetzes zielt ab auf dem Schutz der Bürger und Bürgerinnen vor dem Staat. Das ist ein Grundsatz des Rechtsstaates. Die gegenwärtige Sicherheitspolitik dreht diesen Gedanken um: der Staat scheint vor seinen BürgerInnen beschützt werden zu müssen. Wir erleben die Transformation des Rechtsstaates in einen Ordnungsstaat. Allen Bemühungen einer zunehmenden Demokratisierung zum Trotz sind autoritäre Elemente in Staat und Gesellschaft an der Tagesordnung. Ob in Schule oder Betrieb oder im Staat selbst: Wir begegnen intransparenten Strukturen, hierarchischen Machtverhältnissen und mangelnden Möglichkeiten, Politik und Lebenswelt selbst mit zu gestalten.

Mit der Überbetonung eines notwendigen

Schutzes vor terroristischer Bedrohung werden zudem seit dem 11. September 2001 verschiedene innenpolitische Maßnahmen begründet, die die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger einschränken. Im Interesse von vermeintlich mehr innerer Sicherheit soll Telefonüberwachung und Abschiebung erleichtert werden. Die Erfassung von biometrischen Personendaten wird zunehmend Realität, der Einsatz der Bundeswehr zur Konfliktschlichtung im Innern wird diskutiert und sogar die Forderung nach Wiedereinführung der Folter wird formuliert. Zunehmend werden Überwachungskameras von öffentlicher und privater Hand installiert und Volkszählungen vorbereitet.

Der Schutz der Privatsphäre, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Freiheit von Gewalt sind aber integrale Bestandteile einer demokratischen Verfassung, auf die eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft gegründet sein muss. Eingriffe in der Handlungsfreiheit der Bürger müssen der Verhältnismäßigkeit unterliegen und dürfen nie „total“ sein. Sie müssen für alle Menschen gelten, auch wenn sie keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. In der Diskussion über mehr Sicherheit darf die Wahrung der Freiheit nicht vernachlässigt werden.

II. Zentrale Transformationsprojekte

Die Gesellschaft verändern wir natürlich nicht über Nacht. Aber geleitet von dem Ziel, individuelle Freiheit sowie gesellschaftliche Solidarität umfassend zu gewährleisten, können Transformationsprojekte beschrieben werden. Angesichts des Parteineubildungsprozesses der Neuen Linken wollen wir diejenigen

Transformationsprojekten hervorheben, die uns zentral erscheinen, die das Potential haben, die Gesellschaft sowie die ökonomischen Machtverhältnisse schrittweise zu verändern und zu denen wir Diskussionsbedarf sehen.

Soziale Sicherheit ist individuell Abschied vom Ernährermodell

Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, die eine Grundvoraussetzung für Freiheit und Demokratie sind, ist sicherlich eines der wichtigsten Handlungsfelder linker Politik. Wir wollen Sozialabbau nicht nur defensiv begegnen, sondern sehen in der Formulierung von alternativen Ansätzen die beste Gegenstrategie.

Der Sozialstaat darf nicht abgebaut werden, sondern gehört ausgebaut. Und das auf der Höhe der Zeit. Die sozialen Sicherungssysteme werden dann zukunftsfest, wenn sie alle Bürgerinnen und Bürger versichern und wenn sie sich nicht nur über Löhne, sondern deutlich stärker über Wertschöpfung sowie über die Besteuerung von Vermögen und Gewinne finanziert werden. Sie müssen der Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses Rechnung tragen.

Deshalb kann es einem demokratischen Sozialstaat nicht mehr nur um die Absicherung der Erwerbstätigen in Notlagen gehen. Angesichts der zunehmenden Brüche in Erwerbsbiografien muss ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe im Alter, bei Krankheit oder bei Erwerbslosigkeit ermöglicht werden. Denn ein demokratischer Sozialstaat garantiert allen EinwohnerInnen die gleichen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe unabhängig von Erwerbsstatus und unabhängig davon, ob es sich um

Deutsche oder hier lebende MigrantInnen handelt. Maßstab für soziale Sicherung ist der Bedarf und das Recht auf ein Leben in Würde -und nicht nur die Dauer der Beitragszahlung. Deshalb streiten wir für soziale Sicherungssysteme, die konsequent vom Individuum aus gedacht werden und von einem individuellen Rechtsanspruch ausgehen. Das sollte, wie in anderen europäischen Staaten auch, für das Sozial-, Steuer- und Arbeitsrecht gleichermaßen gelten.

Doch bislang ist die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern in Form des „Ernährermodells“ Grundlage unseres Sozial-, Arbeits- und Steuerrechts. Dies stellt nicht nur eine Diskriminierung von Frauen dar, es ist der aktuellen Pluralisierung der Lebensentwürfe schlichtweg nicht mehr angemessen.

Eine neue Linke sollte den Mut haben, sich von diesen alten Zöpfen zu verabschieden. Sie sind einer modernen Linken nicht angemessen. Bestehende Formen der Bedarfsgemeinschaft und gegenseitiger Unterhaltsansprüche zwischen Erwachsenen stellen Formen der Zwangsvergemeinschaftung dar, die wir ebenso ablehnen wie die Subventionierung der Hausfrauenzehe durch das Ehegattensplitting. Individuelle Rechtsansprüche sind modern. Erzwungene Abhängigkeiten sind es nicht. In Freiheit tätig sein – Grundeinkommen und Arbeitszeitverkürzung Wenn angesichts des industriellen und technologischen Fortschritts immer weniger Menschen herkömmlicher Erwerbsarbeit nachgehen können, muss über eine Entkopplung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung nachgedacht werden. Den Zugang zu gesellschaftlichen

Ressourcen repressionsfrei, ohne bürokratische Gängelung und auf einem möglichst hohen Niveau sicherzustellen, ohne gezwungen zu sein, seine Haut auf den Arbeitsmarkt zu tragen, bedingt eine grundsätzliche Veränderung des Verteilungsprinzips. Deshalb bedarf es mindestens einer sozialen, repressionsfreien und gesellschaftliche Teilhabe gewährender Grundsicherung ohne erniedrigende Bedarfsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit, wobei eine solche Grundsicherung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen weiterentwickelt werden sollte. Dadurch wird der Einzelne in die Lage versetzt, selbst zu entscheiden, mit welchen Tätigkeiten er sich selbst verwirklichen, dem Gemeinwesen nützen und seinen Lebensunterhalt verdienen möchte. Darüber hinaus stärkt es die Verhandlungsmacht derer, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Eine so ausgestaltete Grundsicherung und perspektivisch ein bedingungsloses Grundeinkommen befördern zudem die Chance, eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung politisch durchzusetzen – eine Forderung, die wir als Linke wesentlich offensiver stellen sollten. Denn während die einen immer länger arbeiten, um ihren Arbeitsplatz und Einkommen zu sichern, wird immer größeren Teilen der Bevölkerung der Zugang zur Erwerbsarbeit verwehrt. Wer jeden Monat sicher eine feste Summe erhält, kann es sich eher leisten, weniger Stunden die Woche zu arbeiten oder sich ein Sabbatjahr zu gönnen. Denn worin sonst liegt der Sinn in technischem Fortschritt und Produktivitätsgewinnen, wenn nicht darin, mehr Zeit für sich, für Freunde und Familie zu haben? Auch die Förderung solidarischer und selbst organisierter Formen des Wirtschaftens, etwa in Form von Genossenschaften, stellen einen

wichtigen Schritt zur Erlangung der gemeinschaftlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und zur Demokratisierung der Wirtschaft dar.

Demokratie, die wir meinen: Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte

Für uns meint Demokratie nicht nur das Bekenntnis zum Rechtsstaat, sondern auch die Demokratisierung aller Lebensbereiche, einschließlich der Wirtschaft. Als demokratische SozialistInnen streiten wir konsequent für eine Verbesserung der Rechtsposition von Beschäftigten, VerbraucherInnen, PatientInnen, SchülerInnen, Studierenden, SeniorInnen und all derjenigen, die bislang nur unzureichende Möglichkeiten zur Gestaltung der eigenen Lebenswelt hatten.

Wir wollen nicht nur eine deutliche Ausweitung von Möglichkeiten direkter Demokratie, sondern wollen Nachvollziehbarkeit und Transparenz sicherstellen. Dafür braucht es umfassender Informationsrechte der Menschen über das, was in Verwaltungen und Wirtschaft passiert. Dies gilt auch und gerade für öffentliche Unternehmen. Weil wir sie stärken wollen, sollten wir durch mehr Transparenz ihre Akzeptanz erhöhen. Getreu dem Motto „Public services under public control“ müssen die öffentlichen Angelegenheiten Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung sein. Jede und jeder hat ein Recht auf Privatsphäre. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung durchsetzen, jeder und jedem die Verfügungsgewalt über die eigenen Daten zu ermöglichen – also entscheiden zu können, wer und in welchem Umfang Einblicke in seine Lebensumstände haben darf und wer nicht, sowohl politisch als auch

kommerziell - ist für uns von grundlegender Bedeutung. Gegenwärtig heißt dies vor allem, das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) inhaltlich und räumlich zu erweitern. Wir fordern eine Ausweitung auch auf geheimdienstlich erhobene Daten und wollen alle Bundesländer dazu verpflichten, dieses Gesetz auch auf Landesebene zu implementieren. Außerdem ist die Kostenfreiheit des Auskunftsanspruches zu gewährleisten. Menschenrechte stärken bedeutet für uns, deren Unteilbarkeit anzuerkennen und einzufordern. Für emanzipatorische Linke stehen die drei Elemente, klassische - so genannte unveräußerliche - liberale BürgerInnenrechte, politische Teilhaberechte sowie soziale und wirtschaftliche Teilhaberechte nicht nur gleichberechtigt nebeneinander. Vielmehr bedingen sie einander.

Mündigkeit ist Grundvoraussetzung selbst bestimmten Lebens, Bildung muss zu einem selbständigen und eigenverantwortlichen Leben befähigen. Diese Mündigkeit muss allen Menschen ermöglicht werden, unabhängig von ihrem jeweiligen Geburtshintergrund. So war und ist Bildung eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen und wird es auch in Zukunft sein. Wir wollen ein Bildungswesen, das von der Kita an soziale Unterschiede nicht reproduziert, sondern jeder und jedem die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung eröffnet. Darum wollen wir einen gleichen und kostenfreien Zugang zu allen Bildungsinstitutionen - ein Leben lang. Insbesondere die Schule, aber auch die weiterführenden Einrichtungen ermöglichen heute nicht einmal die von ihnen als Anspruch verkündete Vorbereitung auf das Berufsleben. Dies zu ändern, ist uns ein Anliegen. Bildung soll ein eigenständiges freies Leben

ermöglichen. Die einseitige Orientierung auf die vermeintliche Erwerbsbiographie als Kern einer neoliberalen Bildungsreform wird diesem Anspruch nicht gerecht und widerspricht ihm sogar. Das Erlangen von Wissen und Fähigkeiten in selbst bestimmten Lernprozessen für alle Menschen muss das Ziel egalitärer und emanzipativer Bildung sein. Hierfür muss sich das Grundverständnis von Bildungsinstitutionen ändern: individuelle Stärken, Schwächen und Neigungen der Einzelnen müssen in den Mittelpunkt gestellt werden und sich in der Gemeinschaft entwickeln können. Und das in einem grundsätzlich integrierten Bildungswesen: egalitäre und emanzipative Bildung braucht zum Beispiel andere Schulformen, in denen länger gemeinsam gelernt werden kann. Ebenso wichtig sind alternative Lern- und Lehrmethoden und die Möglichkeit selbst bestimmter Lernprozesse. Hierfür müssen dem und der Einzelnen Freiräume geschaffen werden. Individualität darf im Sinne von Mündigkeit nicht nivelliert, sondern muss gefördert werden.

Für eine andere Schul- und Lernkultur bedarf es demokratischer Schulen, in denen der gemeinsame Weg gemeinsam entwickelt wird. Mehr organisatorische und pädagogische Freiräume für die einzelne, grundlegend demokratische Bildungsinstitution sind ein Schritt hin zu anderem Lernen für alle.

III. Wie es geht

Niemand kann emanzipiert werden, dies ist am Ende immer die Angelegenheit einer und eines jeden selbst. Aber wir betrachten es als eine zentrale Aufgabe sozialistischer, emanzipatorischer Politik, Räume für freie Entfaltung aller zu eröffnen. Freiheit für jede und jeden Einzelnen

wird nur durch gesamt-gesellschaftliche Umverteilung ermöglicht werden.

Ein Politikansatz, nach dem der Staat die Lebensweisen paternalistisch „für“ die Menschen regelt, ist jedoch kein Weg. Wir setzen auf die Kräfte der Zivilgesellschaft, auf die Widerstandstradition der sozialen Bewegungen und die Lust der Einzelnen, die eigene Welt demokratisch zu gestalten. Dieses Verständnis unterscheidet sich grundlegend vom neoliberalen Ruf nach mehr „Eigenverantwortung“, was nichts anderes meint, als die Privatisierung sozialer Risiken. Und nicht zuletzt setzen wir auch auf eine starke, moderne, demokratisch-sozialistische Partei, die ihren Charakter als Mitgliederpartei und als eigenständige und politisch handlungsfähige Struktur bewahren und gleichzeitig zahlreiche offene Schnittstellen für Initiativen, Projekte und engagierte parteilose Menschen anbieten muss. Es geht sowohl um Handlungsfähigkeit auf parlamentarischer Ebene als auch gleichzeitig um eine völlig neue Qualität der Kommunikation und Interaktion mit sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft.

Welche Veränderungen im Sinne sozialistischer Politik aber auch immer angestrebt werden:

Ausschließende, intransparente und herrschaftliche Methoden konterkarieren jeden noch so fortschrittlichen Ansatz. Der Weg der Beteiligung möglichst vieler Interessierter und Betroffener an der politischen Entscheidungsfindung ist zwar mühsam, jedoch der einzig mögliche für einen emanzipatorischen Politikansatz. Was für die gesellschaftlichen Konzepte einer linken, emanzipatorischen Partei gilt, gilt auch für ihre internen Prozesse und gilt natürlich auch für den gerade stattfindenden Parteineubildungsprozess.

Eine Partei, in der intern nicht auf Augenhöhe verhandelt würde, könnte dies notwendigerweise auch nicht mit einer anderen Organisation. Daher sind reine top-down Prozesse oder gar autoritäre Führungsstile eine Gefährdung für einen demokratischen Parteineubildungsprozess. Der mit Sicherheit sehr mühsame Prozess der umfassenden und gleichberechtigten Beteiligung ist auch hier ein entscheidender Garant für das erfolgreiche Gelingen des Parteineubildungsprozesses, an dessen Ende eine Partei steht, in der die emanzipatorischen Politikansätze der Linkspartei.PDS gut aufgehoben sind. Wir wollen unsere Gedanken zu emanzipatorischer linker Politik in den Parteineubildungsprozess einbringen. Es gehört zu unserem Grundverständnis, diese nicht als gesetzt in den Raum zu stellen. Viel mehr wollen wir einen Diskurskorridor eröffnen. Alle, für die Freiheit und Gleichheit ebenso wie Solidarität die zentralen Elemente linker Politik sind, rufen wir daher auf, sich mit uns in die Auseinandersetzung um emanzipatorische Politik und auf den Weg zu einer neuen Linken zu machen. Wir freuen uns darauf.

Auch dank dem Wirken der Linken weltweit haben die Menschen inzwischen mehr zu verlieren als nur ihre Fesseln. Aber es gilt heute mehr denn je viel zu gewinnen: Eine andere Welt ist schließlich nicht nur nötig sondern auch möglich. Leisten wir in der gemeinsamen Herausbildung einer NEUEN LINKEN in diesem Land unseren Beitrag dazu!

Zeit zu sein und Zeit zu werden – Das Diskussionsangebot einer Emanzipatorischen Linken

Weil wir von der Notwendigkeit einer starken Linken in Deutschland überzeugt sind, weil wir meinen, dass diese Freiheit und Sozialismus im Kern zusammen denken muss und weil wir mit unseren Positionen und einer Schnittstellenfunktion zu anderen die Ausrichtung der LINKEN mitgestalten wollen, wirken wir als Emanzipatorische Linke zusammen.

Die Emanzipatorische Linke erkennt an, dass in der Programmatik der Partei linksemanzipatorische und radikaldemokratische Inhalte auszumachen sind. Es gibt aber leider zu wenig davon und immer wieder ist Druck von Nöten, um auf die innerparteilichen Kräfteverhältnisse im Sinne einer linksemanzipatorischen Politik Einfluss zu nehmen. Deshalb lädt die Emanzipatorische Linke alle Genossinnen und Genossen, Strömungspolitikerinnen und Strömungspolitiker der etablierten Strömungen und auch Interessierte jenseits der Partei zur Mitarbeit ein. Die Emanzipatorische Linke versteht sich in diesem Sinne als innerparteiliche „Pressure Group“, die nicht zu allen politischen Fragen eine Position beziehen wird und es auch aushält, dass ihre Aktiven in einzelnen Politikfeldern nicht zu gemeinsamen Positionen kommen.

Blockierte Potentiale: Für eine Gesellschaftskritik, die an den Widersprüchen ansetzt

Wir leben in einer Welt, in der vieles im Argen liegt – und die gleichzeitig voll neuer, aufregender Möglichkeiten ist. Die Individuen könnten in geschichtlich ungekannter Weise ihr Leben frei gestalten, ihre Produktivität

gemeinsam organisieren und ihre Alltags- und Gesellschaftsverhältnisse einzeln und kollektiv gestalten. All dies ist möglich, aber nicht verwirklicht.

Statt dessen nimmt die Prekarisierung der Lebensverhältnisse der meisten weiter zu, schreitet die Privatisierung der Lebensrisiken in der Gesellschaft voran, werden Grund- und Freiheitsrechte durch Willkürüberwachung des Staates aufgehoben, unterbindet ökonomisches Laissez-faire demokratische Entscheidung über die Ressourcen der Gesellschaft, die Zerstörung existenzieller Lebensgrundlagen weiter vorangetrieben. Das Mittelmeer ist Massengrab, ein Mahnmal ungerechter Verteilung weltweit und der offenkundigen Ungleichheit existenzieller Menschenrechte. Diesen Widerspruch erleben wir als Getrieben sein- als Unglück, Frustration, Langeweile, Wut und Angst. Die Lebensverhältnisse haben sich pluralisiert – Patchwork- und Regenbogenfamilie, gedehnte biografische Phasen, aufgebrochene Erwerbs- und Ausbildungsbiografien, verschiedene Soziokulturen und freie soziale Netzwerkbildung rund um den Globus sind eindeutiges Zeichen dafür. Diese Chancen stehen längst nicht allen zur Verfügung, wir kämpfen für eine gerechtere Verteilung von

Lebenschancen und Globale Soziale Rechte weltweit

Diese Gegenwart ist widersprüchlich, und wir setzen an ihren Widersprüchen an. Wir wissen, dass Befreiung nicht „durch andere“ entsteht, sondern emanzipativer Fortschritt durch Aufklärung und

Selbstorganisierung erkämpft werden muss. Staat und Gesellschaft müssen so eingerichtet sein, dass sie dieses SichfreiMachen befördern statt behindern. Wir setzen und deswegen gegen bevormundende Normalitätsvorstellungen und gegen kapitalistische Ausbeutung ein, für eine Gesellschaft, „in der die freie Entwicklung jedes Einzelnen die Bedingung für die Freiheit aller ist.“

Gesellschaftsveränderung als transformatorisches Projekt

Der Staat als alleiniges Feld politischer Veränderung kann für uns nicht ausreichend sein. Wenn das Ziel die Ermöglichung eines Selbstermächtigungsprozesses aller Einzelnen ist, muss staatliche Macht in der Tendenz abgebaut werden. Auch heute kann sich linke Politik also nicht in Regierungshandeln erschöpfen, dennoch muss ein veränderter Zugang zu Entfaltungschancen auch in verantwortlichen Entscheidungen umgesetzt werden. Opposition und Regierung stellen keine unterschiedlichen Anforderungen an Politik. Wir messen unser Handeln an unseren radikaldemokratischen, emanzipatorischen und antikapitalistischen Zielvorstellungen und richten unseren Blick auf das Handeln im Hier und Jetzt. Unter Emanzipation verstehen wir einen Lern- und Aneignungsprozess hin zur selbst bestimmten Verfügung über den eigenen Körper, über das eigene Leben und über die individuellen sowie gemeinsamen Bedingungen des Lebens und der Produktion. Der Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft kann dabei nur als stetiger Lern- und Aneignungsprozess funktionieren, in dem die Menschen immer weiter lernen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Differenz und Vielfalt: Für eine offene Gesellschaftspolitik und die Möglichkeit, das Leben selbst zu bestimmen

Als emanzipatorische Linke treten wir dafür ein, dass die Linke in ihren Zielen, in ihrer sozialen und politischen Praxis nicht hinter das zurückfällt, was von fortschrittlichen Bewegungen als möglich erkannt ist. Wir kritisieren repressive gesellschaftliche Verhältnisse in ihrer Gesamtheit, bspw. in der Schule, in der Familie, in der Arbeitswelt oder an den Universitäten. Dazu gehören auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die nicht ursächlich (oder nur mit vielen Verrenkungen und Ableitungsketten) mit dem Verhältnis von Kapital- und Arbeit zusammenhängen. Der Normierung und Normalisierung der Lebensverhältnisse in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen setzen wir den Entwurf einer freien Gesellschaft entgegen, deren Lebenselixier Differenz und Vielfalt darstellt. Damit stehen wir erstens gegen eine ökonomisch verengte Vorstellung, von dem, was linke Politik ist: So wichtig beispielsweise die Forderung nach Mindestlöhnen und Veränderungen im Steuersystem sind, so sehr gehört zu den Essentials linker Politik auch, dass sie sich gegen die Abschottungs- und Abschiebep Praxis und den rassistischen Stammtischparolen der Mehrheitsgesellschaft oder autoritäre Lern- und Lehrmethoden im Bildungswesen ausspricht. Zweitens kritisieren wir eine sozialkonservative Linkspolitik, die einseitig unter dem Label der Mehrheitspolitik bestehende Normierungen und repressive Positionen als unveränderbar, oder gar als eigene Zielvorstellung annimmt. Auch revolutionäre Rhetorik ändert dann oft nichts daran, dass sie bei Umverteilungsforderungen stehen

bleibt oder der Auffassung ist, dass der Staat alles, wenn nur die Mehrheiten stimmen, es schon richten wird. Linke Politik ist aber nicht nur Wirtschafts- und Sozialpolitik, linke Politik ist auch Gesellschaftspolitik. Die Emanzipatorische Linke kämpft innerhalb der LINKEN für eine gesellschaftspolitische Orientierung, die in Programm und Praxis ein produktives Verhältnis zu Differenz und Vielfalt aufmacht.

Für eine neue soziale Idee!

Das Soziale und auch Solidarität sind immer weniger selbstverständlich. Das ist die negative Seite der Individualisierung. Doch die Wiederherstellung von traditioneller sozialer Bindungen ist weder möglich noch wünschenswert.. Die Gleichstellung unterschiedlicher Lebensentwürfe und Lebensweisen muss aktiv durch politische und materielle Absicherung realisiert werden. Die Vielfalt unterschiedlicher Normalitätsräume, die von den Individuen selbst geschaffen werden, muss anerkannt werden, ebenso wie die Freiheit der Individuen abgesichert werden muss, diese Normalitätsräume zu wechseln, zu verlassen und zu verändern.

Wir sind überzeugt, dass gerade in der wirtschaftlichen Krise und der gesellschaftlichen Rezession grundlegende Gesellschaftsalternativen in die Diskussion eingebracht werden. Wir sind darin einig, dass eine sanktionsfreie Existenzsicherung für alle Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden muss. Darüber hinaus vertreten viele von uns die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens als Chance, den Wandel der Arbeitswelt für ein neues Verständnis der Existenzsicherung zu nutzen.

Die Emanzipatorische Linke macht Druck:

1. Für eine emanzipatorische Ausrichtung der Sozialpolitik der LINKEN, für soziale Standards auf europäischer und globaler Ebene und für globale soziale Rechte, für einen demokratischen Sozialstaat, der diesen Namen verdient und individuelle Rechtsansprüche auf sanktionsfreie Existenzsicherung vorsieht!
2. Für eine integrierte ökologische Ausrichtung der LINKEN, welche gleichzeitig mehr soziale Gleichheit und individuelle Freiheitsräume schafft(, beispielsweise für einen kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr)!
3. Für ein konsequent feministisches Profil der LINKEN. Für eine Kritik der Geschlechterverhältnisse, die über „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ hinausgeht. Für eine feministische politische Praxis, welche die innerparteiliche Männerdominanz zurückdrängt!
4. Für den konsequenten Schutz und Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten, gegen Internetzensur und für eine umfassende Demokratisierung.
5. Für eine emanzipatorische Bündnispolitik im internationalen Maßstab, die sich mit solchen Bewegungen und Organisationen solidarisiert, welche sich für Emanzipation einsetzen!
6. Für ein solidarisches Bündnis aus ArbeiterInnenbewegung und neuen sozialen Bewegungen. Themen und Sichtweisen der neuen sozialen Bewegungen müssen in der Politik der

LINKEN einen größeren Raum einnehmen.
Nur so können wir eine moderne Linke auf
den Weg bringen!

7. Die emanzipatorische Linke setzt sich
für eine politische Kultur der Offenheit und
der argumentativen Auseinandersetzung
ein! Weg mit den Scheuklappen.

8. Die Emanzipatorische Linke
versteht sich auch als Schnittstelle zu
außerparteilichen linken AkteurInnen.
Dabei setzt sie auf Selbstorganisation
der Betroffenen und auf die Stärkung
deren Handlungsfähigkeit. Weg mit
paternalistischer StellvertretInnenpolitik!
Hier gibt es die Langfassung:

emanzipatorischelinke.files.wordpress.com/2011/10/basispapier.pdf

Mitgliedschaftserklärung Emanzipatorische Linke

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss „Emanzipatorische Linke“ (Ema.Li) in und bei der Partei DIE LINKE.

Vorname* _____

Name* _____

PLZ* Stadt* _____

Straße und Nr.* _____

Email* _____

Telefon _____

Blog, Website etc. _____

* Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE, und zwar im folgenden Landesverband:

* Ich bin nicht Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied folgender anderer Organisationen, Initiativen oder Zusammenschlüsse:

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei DIE LINKE verlassen bzw. in eine Partei eintreten, werde ich die Gremien des Zusammenschlusses Ema.Li darüber umgehend in Kenntnis setzen. Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass mir bis auf Widerruf alle Informationen, Protokolle, Einladungen und sonstiger Schriftverkehr an die oben angegebene Email-Adresse elektronisch übermittelt werden sollen.

Ort, Datum, Unterschrift

**notwendige Angaben*

Entweder abgeben oder unterschrieben per Post an:

Emanzipatorische Linke
c/o DIE LINKE.
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin



Impressum

DIE LINKE. Emanzipatorische Linke
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

ema.li@die-linke.de
emanzipatorischelinke.wordpress.com

V.i.S.d.P.: Siegfried Seidel
Layout und Satz: Daniel Josten

emanzipatorischelinke.wordpress.com

